

Beilage zu Nummer 146 der Volksstimme.

Samstag den 24. Juni 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 24. Juni 1916.

Fleischverteilung in Wiesbaden.

Morgen beginnt die Verteilung des Fleisches an die hiesigen Einwohner durch die Metzgereien, und zwar nach dem System der festen, den einzelnen Metzgereien zugewiesenen Kundenschaft. Der Magistrat teilt uns hierzu das folgende mit:

Die Einwohnerchaft wird gebeten, diese Mitteilung auf genaueste zu beachten; von ihrer Beachtung hängt die glatte Abwicklung der Fleischverteilung ab. Jeder Fleischbezugsberechtigte darf gegen seine Fleischkarte oder gegen den Fleischbezugschein nur bei dem Metzger kaufen, auf den die Karte oder der Bezugschein lautet. Es war unmöglich, allen Wünschen der Einwohnerchaft auf Zuteilung an bestimmte Metzger nachzugeben. Sollte der Magistrat sich allein nach den Wünschen gerichtet, so wären einzelne Metzger überlastet worden und andere hätten nichts zu tun gehabt. Die zahlreichen Wünsche der Einwohnerchaft auf Umschreibung ihrer Fleischkarten auf andere Metzger können zunächst nicht berücksichtigt werden. Diese Mitteilung gilt zugleich als Antwort auf die zahlreichen schriftlich und mündlich gestellten Anfragen einzelner. Der Magistrat behält sich vor, in einzelnen Fällen berechtigten Wünschen für spätere Fleischverteilungen entgegenzukommen.

Da jeder Metzger so viel Fleisch zugewiesen erhält, als er kunden hat, so wird die Bevölkerung einsehen, daß sie sich streng an den ihr zugewiesenen Metzger halten muß, sonst kann der einzelne Metzger dem an ihn gestellten Bedürfnis nicht gerecht werden. Da das Fleisch von dem Fleischamt an die Metzger entsprechend der Kundenzahl verteilt wird, so erleidet der einzelne Kunde dadurch, daß er einem bestimmten Metzger zugewiesen ist, keinen Nachteil bezüglich der Qualität des Fleisches oder Qualität der Wurst (diese wird auch im Auftrage des Fleischamts einheitlich von einzelnen Metzgern hergestellt und durch das Fleischamt an alle Metzgereien verhältnismäßig verteilt). Selbstverständlich ist, daß der Magistrat sich bemühen wird, für die nächste Fleischverteilung weite Wege zur Metzgerei zu ersparen. Diesmal werden die Wenden, die es betrifft, gebeten, auch die Unannehmlichkeit eines weiten Weges auf sich zu nehmen.

Um ein unnötiges Gedränge der den Metzgereien zugewiesenen Kunden vor den Metzgereien zu vermeiden, ist es erforderlich, daß sich die Einwohnerchaft streng an die in der Bekanntmachung für die einzelnen Kunden mitgeteilte Verkaufszeit hält. Niemand hat einen Vorteil, wenn er gleich morgens in den ersten Verkaufsstunden zur Metzgerei eilt, er bekommt deshalb nicht eher das von ihm gewünschte Stück, denn die Metzgereien sind anwesend, das ihnen zugewiesene Fleisch und die ihnen zugeteilte Wurst auf die einzelnen Verkaufsstellen aufzuteilen. Wer also erst am Nachmittag zum Verkauf anwesend ist, hat dieselbe Aussicht auf den Bezug von besseren Stücken oder von Wurst, wie derjenige, der schon vormittags anwesend ist.

Am liebsten wird mit allem Nachdruck hervorgehoben, daß Sonderwünsche auf bestimmte Fleischsorten nicht berücksichtigt werden können. Die Stadt erhält leider vom Fleischbroschensyndikat nicht so viel Fleisch zugewiesen, daß sie jeder Metzgerei von allen Fleischsorten Fleisch anweisen könnte. Der Kunde muß also das Fleisch nehmen, das die ihm zugewiesene Metzgerei gerade hat, gleichgültig, ob es Rindfleisch, Geflügelfleisch, Schweinefleisch, Hammelfleisch, Kalbfleisch ist. Wurst wird in allen Metzgereien zu haben sein. Es wird aber darauf aufmerksam gemacht, daß die Wurstmengen nur geringe sind, daraus ergibt sich, daß nicht alle Wünsche auf Wurstbezug befriedigt werden können.

Wer in seiner Metzgerei die von ihm gewünschte Fleischsorte nicht erhalten kann, muß sich sofort entscheiden, die Fleischsorte, die in der Metzgerei zu haben ist, zu nehmen; verzichtet er auf den Fleischbezug, so ist kein Verzicht für die laufende Fleischverteilung endgültig. Die Fleischkarte verliert ihre Gültigkeit. Man kann also in der nächsten Woche nicht etwa mit der abgelaufenen Fleischkarte noch sein Quantum bekommen.

Selbstverständlich wird der Magistrat den einzelnen Metzgereien möglichst in jeder Woche andere Fleischsorten zuweisen, damit eine Abwechslung für die Kunden beim Fleischbezug eintritt. Es ist wiederholt die Auffassung der Einwohnerchaft zu unserer Kenntnis gekommen, als würde die Zuteilung an einen bestimmten Metzger, z. B. an Metzger die in Friedenszeiten nur Sammel- oder nur Schweinefleisch verkauft haben, bedingen, daß die Kunden dieser Metzgereien nun fortwährend Schweine- oder Hammelfleisch essen müßten. Diese Auffassung ist natürlich unrichtig. Es gibt keine Spezialmetzgereien mehr. Solange die Fleischverteilung dauert, verkauft jeder Metzger das ihm vom Fleischamt zugewiesene Fleisch. Der Sammelmetzger verkauft also auch Schweine-, Rind- und Kalbfleisch und umgekehrt.

Die Einwohnerchaft wird dringend erlitten, sich an die vorstehenden Mitteilungen streng zu halten. Das städtische Fleischamt hat jedem Metzger so viel Fleisch zugewiesen, daß er alle seine Kunden bedienen kann. Jeder erhält also, wenn er sich an die Vorschriften hält, bestimmt die ihm zugewiesene Fleischmenge, ohne daß er sich vor der Metzgerei stundenlang herumdrängen braucht, wenn er sich nur an die vorgeschriebenen Verkaufszeiten hält. Es hängt, nachdem das Fleischamt alle Dispositionen getroffen hat, die zu einer glatten und schnellen Abfertigung erforderlich sind, also nur noch von dem Verhalten der Einwohner ab, daß sich die getroffenen Dispositionen in die Wirklichkeit umsetzen.

Sollten sich wider Erwarten Schwierigkeiten und Hindernisse ergeben, so bitten wir, nicht gleich von Unannehmlichkeiten und unhaltbaren Zuständen zu reden, sondern dem Magistrat die Zeit zu lassen, diese Hindernisse zu beheben. Es handelt sich um einen schwerwiegenden wirtschaftlichen Eingriff in bestehende Verhältnisse, der sich ohne Fehler überhaupt nicht durchführen läßt.

Entschiedene Maßnahmen zur Fleischversorgung.

Auf Grund der neueren Verfügungen der bayerischen Regierung hat Nürnberg Maßnahmen eingeleitet, die auf eine Kommunalisierung der Fleischversorgung hinausgehen. Danach wird das von der Fleischver-

orgungszentrale überwiesene Vieh von einer städtischen Kommission übernommen und auf städtische Kosten abgeschlachtet. Die Nebenprodukte der Schlachtungen werden von der Stadt verwertet. Die Kommission verteilt das Fleisch an die Metzger, von denen es an die Konsumenten gegen Fleischkarten abgegeben wird. Für alles Fleisch werden Einheitspreise festgesetzt. Für den Fleischverkauf erhalten die Metzger eine angemessene Vergütung, die im Verkaufspreis des Fleisches enthalten ist. Bei der Fleischverteilung werden die für die Wurstbereitung benötigten Teile zurückgehalten; die Wurstfabrikation wird von der Stadt in Regie betrieben. Auch die Wurst wird in den Metzgerläden verkauft. Die Metzger werden also keineswegs vom Fleischverkauf ausgeschlossen, trotzdem wehren sie sich mit Bänden und Füßen gegen die neue Regelung. Sie behaupten, daß sie dadurch zu städtischen Angestellten degradiert würden, der Hauptgrund wird aber in Wirklichkeit sein, daß man die Aufhebung mancher Geheimnisse befürchtet. In einer Verammlung faßten die Metzger eine Protestresolution, in der sie die Aufgabe des Kommunalisierungsplanes verlangen und mit Beschwerden zur Regierung drohen. Damit werden sie in Bayern allerdings wenig Glück haben!

Die Stadtverordneten genehmigten debattelos den Haushalts-Voranschlag für 1916 mit 25 Millionen Mark bei einer Erhöhung der Einkommensteuer um 20 Prozent auf 145 Prozent, womit Wiesbaden immer noch eine der niedrigst besteuerten deutschen Städte bleibt. Die Erhöhung konnte so niedrig gehalten werden, weil die städtischen Werke mit einer Ablieferung von 2,1 Millionen das Budget entlasten. Die Kriegsschulden betragen für die ersten vier Monate insgesamt 6 Millionen Mark einschließlich 3½ Millionen Mark Kriegsunterstützung. Oberbürgermeister Gläsel betont, daß zur Erhaltung gesunder Finanzverhältnisse der Städte nach dem Kriege ein neues Gemeindefinanzgesetz unbedingt notwendig sei. Einen ausführlichen Sitzungsbericht tragen wir in der Montagnummer nach.

Volksvorstellung im Königl. Theater. Am Dienstag den 27. Juni findet die 6. Volksvorstellung statt. Zur Aufzählung gelangt „Margarethe“. Am Mittwoch den 28. Juni folgt die 7. Volksvorstellung mit der Aufführung des Einakters „Der Schauspielersohn“ und der komischen Oper von Peter Cornelius „Der Barbier von Bagdad“. Die Einlasskarten zu diesen beiden Vorstellungen werden von heute Samstagabend ab im Gewerkschaftshaus ausgegeben. Gleichzeitig erlauben wir, die bestellten Karten rechtzeitig abzuholen.

Zum Mordverdict in der Adolfsstraße. Wie der Vater des H. Schott mitteilt, ist die Tat in einem Anfall geistiger Unmündigkeit geschehen. Heinrich Schott war vor Jahren schon drei Jahre lang in der Seil- und Fliegenfadenfabrik untergebracht. Vor kurzem wurde er von der Leitung aller Militärdienste befreit, da er nach dem Zeugnis eines beamteten Psychiaters bei großen Aufregungen zu Ausbrüchen von Wutkrankheit neigt. Auch bei dem vorgestrigen Vorfall scheint es sich um eine augenblickliche Aufregung gehandelt zu haben, hervorgerufen durch die geschilderten Beziehungen, die schon seit einiger Zeit zwischen Mutter und Sohn bestanden haben. Wie verlautet, sollen die Verletzungen des Schott so schwere sein, daß er kaum mit dem Leben davonkommen wird.

Die Schmidt'sche Mordtat wird am kommenden Mittwoch vor dem Schwurgerichtshof verhandelt. Die Anklage lautet auf Mord, d. h. sie nimmt an, daß Schmidt langem Vorplan, seine Frau zu erschlagen, vorbereitet hat, während der Mann nur aus der Erregung des Augenblicks heraus die Tat verübt zu haben.

Aus den umliegenden Kreisen.

Schierstein, 24. Juni. (Die Heiddiebstähle) mehrten sich in erschreckender Weise. Auch Kirchbäume werden vollständig ihrer Früchte entleert. Dieser Tage wurde ein Mann, der selbst einen Kirchbaum besitzt, dabei ertwischt, wie er den Baum eines armen Teufels bestahl. Dem lieben Herrn sollte ein anständiger Denksatz verabreicht werden.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Die Versorgung der Industriearbeiter mit Nahrung.

Aus den Kreisen der Arbeiterschaft von Berlin und den Nachbargemeinden sind bei den zuständigen Regierungsstellen über die jetzige Organisation der Lebensmittelversorgung namentlich nach zwei Richtungen hin Klagen erhoben worden. In erster Linie wurde bemängelt, daß Arbeiter, die außerhalb ihrer Wohnortsgemeinde beschäftigt sind, nicht die Möglichkeit haben, während der Arbeitszeit in der Arbeitsgemeinschaft außer dem etwa mitgebrachten Brot Nahrungsmittel zu genießen, weil verschiedene wichtige Lebensmittelarten, namentlich die Fleischkarte, die Fettkarte und die Kartoffelkarte, nur für den Bezirk der Wohnortsgemeinde Geltung haben und nicht zum Bezug von Nahrungsmitteln in der Arbeitsgemeinschaft berechneten. Demgemäß, auch die Kantinen der Fabriken nicht in der Lage, den Arbeitern wie in Friedenszeiten eine Mahlzeit zu verabreichen.

In zweiter Linie wurde darüber geklagt, daß die Arbeiter in den genannten Betrieben wegen der langen Dauer der Arbeitszeit sowie es sich um verheiratete Männer handelt, wegen der häufig stattfindenden Mitbeschäftigung der Frauen in den Fabriken die ihnen nach der Verbrauchsregelung der Gemeinden zustehende Lebensmittelration tatsächlich nicht zu erlangen vermögen, weil sie außerstande sind, die von den Verkaufsstellen für Lebensmittel festgesetzten Abholungszeiten innezuhalten oder vor den Verkaufsstellen lange auf Abfertigung zu warten.

In einer am Donnerstag im preussischen Ministerium des Innern stattgefundenen Besprechung über Maßnahmen zur schnelleren Beseitigung dieser Mängel in Berlin und den Vororten wurde laut einem Rundschreiben des Ministers an die Regierungspräsidenten der erste Punkt der Beschlüsse als der Abhilfe sehr bedürftig und auch sofort praktisch lösbar von allen Seiten anerkannt, während der zweite zunächst dem Arbeitsausschuß für Groß-Berlin zur Begutachtung überwiesen wurde. Bezüglich des Punktes 1 wurde folgendes Vorgehen vereinbart:

1. Den mit schwerer körperlicher Arbeit beschäftigten Personen in größeren Fabriken muß die Möglichkeit eröffnet werden, in der Arbeitsgemeinschaft und zwar in der Kantine der Fabrik, auch wenn sie dort nicht ihren Wohnsitz haben, eine Mahlzeit während der Arbeitsdauer einzunehmen.

2. Zu diesem Zwecke werden die im Arbeitsausschuß vertretenen Kommunalverbände des Berliner Wirtschaftsgebiets solchen Fabrikantinnen, bei denen mindestens 500 Arbeiter der Fabrik sich für die Hauptmahlzeit angemeldet haben, die zur Befriedigung der körperlich schwer arbeitenden Personen erforderlichen, in öffentlicher Bewirtschaftung stehenden Lebensmittel ohne Rücksicht auf die Gemeindezugehörigkeit liefern.

3. Die Kantinen haben den Arbeitern für die Verabfolgung der Mahlzeit von den Lebensmittelfakten der Wohnortsgemeinde Abschnitte in der vom Arbeitsausschuß zu bestimmenden Menge abzunehmen und die Abschnitte der Arbeitsgemeinschaft zu überreichen. Der Arbeitsausschuß wird nähere Grundzüge über den Inhalt dieser Regelung mit den einzelnen Kommunalverbänden, insbesondere zwischen den Gemeinden des Fabrikkreises und des Wohnortes der angemeldeten Arbeiter festlegen.

Da diese Regelung, die nur für Groß-Berlin bestimmt ist, den Meinerungspräsidenten durch Ministerialerlaß zur Kenntnis gegeben worden ist, soll sie vermutlich im übrigen Lande Nachahmung finden, was sehr begrüßenswert wäre.

Höchst a. M., 24. Juni. (Gerafschlag.) Bei der Stempelung der Beauschbücher für die Lebensmittelverteilung der Minderbemittelten ereilte gestern Abend gegen 7 Uhr den 50 Jahre alten Buchbinder Klein, der in den Fortwerken beschäftigt war, durch einen Gerafschlag der Tod. Klein war schon seit längerer Zeit krank. Zweifellos hat der große Andrang vor dem Rathaus und die drückende Hitze den Tod verursacht. Unter den Händen des Genossen Walter, der sein Unwohlsein bemerkte dem Manne beistand und ihn auf den Boden legte, hauchte er sein Leben aus. (Anmerkung des Berichterstatters: Es wäre zu wünschen, daß man bei der Ausgabe bzw. der Stempelung der Bücher das unsinnige Drängen unterläßt. Bei einiger Geduld und etwas Rücksicht spielen sich die Geschäfte ohne Schwierigkeiten ganz flott ab.)

Königsberg, 22. Juni. (Allgemeine Ortskrankenkasse.) In letzter Zeit mehren sich die Fälle, wonach freiwillige (beitragsberechtigte) Mitglieder der Ortskrankenkasse, darunter viele Kriegsteilnehmer, durch Versehen oder Vergehen nicht rechtzeitig geschener, verspäteter oder unterlassener Zahlung der Beiträge ihrer Zugehörigkeit zur Kasse verlustig werden. Dieses hat zu Härten und Unzuträglichkeiten in den betroffenen Kreisen geführt. Der Vorstand hat sich zwar bemüht, durch weitgehende Zugeständnisse einen Ausgleich zu schaffen, allein, mehrfach gelang ihm dies nicht. Die freiwilligen Mitglieder der Kasse sollten daher nicht veräumen, sich die auf den ihnen zugewiesenen Mitgliedsanzahlungen aufgedruckten Bestimmungen anzusehen, auf welche sie auch von den Kassenbeamten stets besonders aufmerksam gemacht werden. Nur durch pünktliche Einhaltung der Zahlungstermine können sich diese Mitglieder vor Schaden bewahren, zudem eine vorübergehende Annahmehaltung der Kasse nicht erfolgt. Auch dürfte es sich für freiwillige Mitglieder empfehlen, ihre Versicherung in einer höheren Lohnklasse zu bewirken. In allen bisher eingetretenen Erkrankungsfällen zeigte es sich, daß infolge der Zahlung der niedrigen Beiträge im Unterhaltungsfall die geringe Höhe des Krankengeldes als sehr unangenehm von den Betroffenen empfunden wurde. Es kann daher den freiwilligen Kassenmitgliedern nur angeraten werden, in ihrem eigenen Interesse sich in einer höheren Lohnklasse zu versichern, da besonders bei langer Krankheitsdauer die Krankengeldbezüge die eingezahlten Beiträge sehr wesentlich übersteigen. Für die Kassenmitglieder dürfte es sich empfehlen, ihre Beiträge durch die Kriegsfürsorge einzahlen zu lassen, wie es schon von mehreren Gemeinden des Regierungsbezirks geschieht. Die Frauen der Kriegsteilnehmer ganz besonders haben stets mit der Kriegsfürsorge zu tun und können bei dieser Gelegenheit wöchentlich den Beitrag abgeben. Es muß nur der Versuch gemacht werden, und die Kriegsfürsorge wird es auch tun.

Danau, 24. Juni. (Schwurgericht.) Die Meinschloche Bourbons-Berg wurde gestern Abend gegen 9 Uhr abgebrochen und auf heute vertagt. Das Urteil ist wohl erst in den Nachmittagsstunden zu erwarten. Die Verhandlung selbst wurde gestern noch mit Zeugnisaussagen ausgefüllt. Die Angeklagte Bourbons bekam mehrere schwere Anfälle, sie ließ sich die Bluse auf und schrie fürchterlich. Die Frau erklärte unerschuldig zu sein, sie habe an der Verladung zum Schöffengerichtlichen Termin nichts geändert. Sachverständiger, Chemiker Dr. Rupp-Frankfurt, hat festgestellt, daß die 9 und das 1½ Zeichen auf der Ladung von zwei Schreibern und mit verschiedener Tinte geschrieben worden sei. Nach den vorliegenden Schriftproben ist Herr Dr. Rupp aber der Auffassung, daß die Angeklagte Bourbons das 1½ Zeichen nicht geschrieben hat und die größere Wahrscheinlichkeit in dieser Beziehung gegen ihre Täterschaft spreche. Die Zeugnisaussagen brachten sonst nichts Bemerkenswertes.

Darmstadt, 23. Juni. Da die Obstpreise in Hessen in den letzten Tagen eine unerwartete Höhe erreicht haben, was n. a. auch von der Landwirtschaftskammer öffentlich anerkannt worden ist, hat sich die hessische Regierung gezwungen gesehen, Höchstpreisverordnungen und eine Ausfuhrbeschränkung zu erlassen. Danach werden Erzeuger- und Verbraucher-Höchstpreise festgesetzt.

Mainz, 23. Juni. (Städtische Fürsorge.) Nachdem vor acht Tagen ein Teil der Loggenburger Wälder eingestrichen worden waren, ist jetzt der Rest, 100 Stck, hier eingetroffen. — Die Stadt hat 20 Waggons bayerische Heidelbeeren erworben, die demnächst hier eintreffen werden. Die Beeren werden teils in natürlichem Zustand, teils konfektiert zum Verkauf gelangen. Da die Stadtverwaltung beabsichtigt, Obst in großem Umfang zu kaufen, um es als Marmelade, Gelee usw. verarbeiten zu lassen, wurden mit einigen z. B. stillstehenden Konfektfabriken Kaufverträge abgeschlossen. Bei dem Mangel an Butter wird der Bevölkerung in den Obstkonfekten einen billigen Ersatz finden. — Auch mit den Mosenfeisungen geht es jetzt vorwärts. Am „Rebstocken“, im Gesehenshaus und in einem Hause in der Reisingstraße

